Stgt-Z. 11.2.2016

Kartellbehörde eingeschaltet

Böblingen Die Interessengemeinschaft Fernwärme legt Beschwerde gegen eine Preiserhöhung der Stadtwerke ein. 1500 Bürger schließen sich dem Protest an. *Von Günter Scheinpflug*

Der Zorn ist erheblich", sagt Peter Aue von der Interessengemeinschaft (IG) Fernwärme. Er und seine Mitstreiter haben jetzt wegen einer Gebührenerhöhung zum 1. August des vergangenen Jahres Beschwerde bei der Energiekartellbehörde des Landes eingelegt. Mit der Anhebung erhöhen sich die jährlichen Kosten für Fernwärmekunden durchschnittlich um insgesamt 21 Prozent. In dem Schreiben, das am vergangenen Montag per Einschreiben versandt wurde, fordern die Bürger die Einleitung eines Verfahrens gegen die Stadtwerke. 1500 Bürger haben sich in eine Unterschriftenliste eingetragen, die dem Brief beigelegt ist. Die Behörde befasst sich nun zum zweiten Mal mit dem Fall. Bevor sich die IG im vergangenen Herbst gebildet hat, hatten laut Aue bereits mindestens zwei einzelne Fernwärmekunden Beschwerde eingelegt, die jedoch abgewiesen wurde.

„Dieses Mal liegt der Kartellbehörde ein ganzes Zahlenwerk vor", sagt Aue, der genau recherchiert hat und dazu sogar einen Experten einschaltete. Die Initiative will unter dem Strich herausgefunden haben, dass „die Kostenvergleiche mit anderen Energieträgern und anderen Fernwärmeanbietern sachlich nicht richtig sind und teilweise schöngerechnet wurden". Aue ging dabei weit in die Vergangenheit zurück. „Die Aussagen zu den angeblichen Defiziten, mit denen die Preiserhöhung zum Teil begründet wurde, sind falsch." In den Jahren 2006 bis 2011 habe es bei der Fernwärmeversorgung einen Überschuss von 538 000 Euro gegeben. Lediglich im Jahr 2012 habe es dann einen Verlust von 730 000 Euro gegeben.

Um die tatsächlichen Kosten zu decken, sei eine Erhöhung der Grundgebühr für die Anschlussleistung mit einem Kilowatt inklusive Mehrwertsteuer von 10,83 Euro auf 34,30 Euro keineswegs gerechtfertigt, meint die IG Fernwärme zu wissen. Schließlich summiere sich die Anhebung etwa für einen Reihenhausbesitzer mit einem Anschluss von knapp 16 Kilowatt im Jahr auf rund 540 Euro. Er müsse damit bei der Grundgebühr jährlich mit 370 Euro mehr rechnen. Selbstverständlich kommen bei der Fernwärme dann auch noch die Kosten des tatsächlichen Verbrauchs dazu.

> „Die Bezieher von Fernwärme kommen nach wie vor besser weg als die Gaskunden."
>
> Gerd Hertle, Chef der Stadtwerke

Für den Stadtwerkechef Gerd Hertle dagegen ist die Sache längst erledigt. „Die Behörde hat im Zuge der Beschwerden einzelner Kunden nichts zu beanstanden gehabt", betont er. Man habe sämtliche Zahlen offengelegt, so dass auch Verbraucherschutzorganisation einen Einblick erhalten hätten. „Auch sie hatten nichts einzuwenden", sagt Hertle. Seit vielen Jahren habe es keine Preisanpassungen mehr gegeben. „Unsere Fernwärmekunden kommen auch nach der Erhöhung besser weg als die Haushalte, die mit Gas versorgt werden", versichert der Stadtwerkechef.

Dass nun erneut eine Beschwerde eingelegt werde, finde er „merkwürdig". Als die neuen Stadtwerke Ende des Jahre 2012 gegründet wurden, bei denen die Stadt mit 59 Prozent und der Energieversorger EnBW mit 41 Prozent beteiligt ist, habe man ein marodes Leitungsnetz übernommen. Durch schadhafte Stellen gingen 25 Prozent der Fernwärme verloren. Es bestehe ein dringender Investitionsbedarf. In den nächsten vier bis fünf Jahren müssten rund acht Millionen Euro in neue Leitungen gesteckt werden. Außerdem habe er von dem ehemals rein städtischen Betrieb bei der Fernwärme drei Millionen Euro an Schulden übernommen, sagt Hertle. Dies alles müsse bei der Preiskalkulation berücksichtigt werden – das Kartellamt habe das getan. Dennoch will sich die Behörde, wie zu hören ist, mit der neuen Beschwerde eingehend befassen.

Die umweltfreundliche Fernwärme wird im Böblinger Restmüllheizkraftwerk gewonnen. Mit ihr werden knapp 8000 Böblinger Haushalte beliefert. Foto: factum/Archiv

150 BESCHWERDEN IM JAHR

Energiekartellbehörde Sie ist im Umweltministerium des Landes angesiedelt und mit zwei Vollzeitstellen ausgestattet. Im Jahr erhält sie durchschnittlich rund 150 Beschwerden, denen sie nachgeht. Die Bearbeitungsdauer etwa im Fall Böblingen werde voraussichtlich ein halbes Jahr betragen, erklärt ein Mitarbeiter. Das von der IG Fernwärme Böblingen eingereichte Beschwerdeschreiben liege ihm noch nicht vor.

Verfahren Laut der Behörde werden Ermittlungen eingeleitet, wenn ein öffentliches Interesse besteht, zahlreiche Bürger hinter einer Beschwerde stehen und sich die Bürger nicht selbst helfen können. Zunächst werden im Böblinger Fall die Stadtwerke um eine Stellungnahme gebeten. Die Behörde erhebt dann die Zahlen der effektiven Kosten des Energieversorgers (Personal-, Betriebs- und Netzkosten, Abschreibungen, Steuern). Wenn die erzielten Einnahmen die Kosten um fünf Prozent überschreiten, muss das Unternehmen die Differenz zwischen den Kosten und den Erlösen an die Kunden zurückzahlen. Pro Jahr werden etwa zehn Verfügungen ausgesprochen, in den meisten Fällen einigen sich die Energieversorger und die Kunden untereinander. *gig*